



HESSISCHER LANDTAG

04. 05. 2012

Große Anfrage der Abg. Dr. Spies, Roth, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt) (SPD) und Fraktion betreffend Jugendliche in Hessen

Wir fragen die Landesregierung:

I. Stellenwert, Bedeutung und Ziele von Jugendpolitik

1. Welchen Stellenwert nimmt die Jugendpolitik in der Arbeit der Landesregierung ein und wodurch wird dieser Stellenwert deutlich?
2. Welche Zielsetzung verfolgt die Landesregierung im Rahmen ihrer Jugendpolitik?
3. Inwiefern will die Landesregierung die Zugänge von Jugendlichen zu gesellschaftlichen Ressourcen und ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen fördern?

II. Demografischer Wandel und Folgen für Jugendliche

1. Wie viele Jugendliche von 12 bis 25 Jahren lebten 1980, 1990, 2000 und aktuell in Hessen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?
2. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Bevölkerungsprognose bezüglich der Anzahl Jugendlicher zwischen 12 und 25 Jahren, die in den Jahren 2020, 2030, 2040 und 2050 in Hessen leben werden (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?
3. Wie hat sich der Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund seit 1980 bis heute entwickelt und wie wird sich der Anteil bis 2050 voraussichtlich entwickeln (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?
4. Wie hat sich das Medianalter der hessischen Bevölkerung seit 1980 bis heute entwickelt und wie wird es sich voraussichtlich bis 2050 entwickeln?
5. Welche Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung angesichts des prognostizierten und teils schon vorhandenen Fachkräftemangels?
Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen des Fachkräftemangels auf den Arbeitsmarkt und die Ausbildungschancen Jugendlicher ein?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Versorgungssicherheit mit jugendlicher Infrastruktur (Jugendzentren, Freizeitangeboten) und mit Einrichtung der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den Kommunen sicherzustellen?
Sind für finanzschwache Kommunen bestimmte Förderprogramme vorgesehen?
7. Wie definiert die Landesregierung den Begriff "Generationengerechtigkeit" und mit welchen konkreten Maßnahmen will sie die Generationengerechtigkeit verwirklichen?

8. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die vom Bund geförderten Mehrgenerationenhäuser?
Wie viele hessische Kommunen haben solche Mehrgenerationenhäuser?
Sind weitere Mehrgenerationenhäuser in Planung?
Durch welche attraktiven Dienstleistungen, Hilfestellungen und Angebote wird in den vorhandenen Mehrgenerationenhäusern die besondere Lebenswelt der Jugendlichen berücksichtigt?
9. Wie gut sind die Mehrgenerationenhäuser mit Angeboten der Jugendhilfe und vorhandenen Jugendeinrichtungen vernetzt?
Wie wird die Vernetzung sichergestellt und wie weiter ausgebaut?
10. Welche weiteren Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung zur Förderung des Dialogs zwischen den Generationen?

III. Jugendliche und Bildung

1. Welche Schulabschlüsse haben wie viele Jugendliche, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler sowie nach Bildungsabschluss der Eltern (aufgeschlüsselt nach Müttern und Vätern) in den letzten zehn Jahren erreicht - in absoluten Zahlen und in Prozent?
In welchem Verhältnis stehen diese Zahlen zum Anteil der jeweiligen Gruppe an der Gesamtbevölkerung?
Zeigen sich im Vergleich dieser Daten Unterschiede zu anderen Bundesländern?
Wenn ja, welche?
2. Wie viele Jugendliche haben keinen Schulabschluss, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Schulform?
Wie hat sich die Anzahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss seit 2000 entwickelt (Angaben in Prozent)?
3. Wie hat sich seit 2000 die Zahl der Schülerinnen und Schüler entwickelt, die die Schule mit einem Abschluss der Förderschule verlassen (in absoluten Zahlen und in Prozent)?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, in welchem Zusammenhang der Schulabschluss der Jugendlichen zur sozialen Herkunft bzw. Bildungsferne/Bildungsnähe ihrer Eltern steht?
5. Welchen Zusammenhang gibt es zwischen den Übergangsempfehlungen zum Gymnasium einerseits und dem Geschlecht, dem Migrationshintergrund und den Einkommensverhältnissen der Familie andererseits?
Gibt es in diesem Zusammenhang auffällige regionale Unterschiede?
Wenn ja, welche?
6. Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen plant die Landesregierung, um durch mehr individuelle Förderung statt früher Selektion auf mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem hinzuwirken?
7. Welche Maßnahmen plant oder unterstützt die Landesregierung, um die spezifischen Potenziale von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund, wie beispielsweise Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kenntnisse, im Bildungsalltag besser anzuerkennen und zu fördern?
8. Ist die Landesregierung der Meinung, dass sie der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung und der Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung (VOSB) durch die Änderungen des hessischen Schulgesetzes gerecht wird?
Wenn ja, wie begründet sie dies?
9. Welche Maßnahmen plant oder unterstützt die Landesregierung im Bereich der Benachteiligtenförderung, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund?

10. Welche Maßnahmen plant oder unterstützt die Landesregierung im Bereich der Begabtenförderung, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund?
11. Wie viele Schulen arbeiten bereits mit Ganztagsangeboten und wie viele Schulen sind gebundene Ganztagschulen gemäß der Richtlinie, die bis zum 31.12.2011 in Kraft war (aufgeschlüsselt nach Schulform)? Wie hoch ist der prozentuale Anteil von Ganztagschulen (ohne Schulen mit Ganztagsangeboten) an allen Schulen (aufgeschlüsselt nach Schulformen) und mit welcher Entwicklung des Bedarfs an Ganztagschulen rechnet die Landesregierung?
12. Welche Beteiligungsformen von Jugendlichen und Eltern sind im Zusammenhang mit dem Ausbau und der Gestaltung von Ganztagschulen erprobt oder gestärkt worden und mit welchem Ergebnis?
13. Welche konkreten Maßnahmen plant oder unterstützt die Landesregierung, um die Vereinbarkeit von jugendlicher Elternschaft mit Schule oder Hochschule zu verbessern, um auch diesen jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu gewährleisten?
14. Welche nachhaltigen Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um die hohe Zahl der Schulverweigerinnen und Schulverweigerer zu verringern?
15. Welche Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung, um Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, noch nachträglich zu einem Schulabschluss zu führen?
16. Welche Veränderungen sind im Übergangssystem Schule-Beruf geplant und welche Überlegungen der Landesregierung liegen der Neustrukturierung zugrunde?

IV. Jugendliche in beruflicher Ausbildung

1. Wie hat sich die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in den letzten 10 Jahren in Hessen entwickelt?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass der hessische Ausbildungspakt benachteiligten Jugendlichen ausreichend gerecht wird?
3. Welche Maßnahmen und Initiativen ergreift die Landesregierung, um angesichts der abnehmenden Zahl von angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätzen einen funktionierenden Übergang zwischen Schule und Beruf sicherzustellen?
4. Hält die Landesregierung einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz für erforderlich, um mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen, und wie begründet sie ihre Position in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht?
5. Hält die Landesregierung die Erhebung einer regional und branchenspezifisch differenzierten Ausbildungsumlage für ein geeignetes und erforderliches Mittel zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze für Jugendliche?
Wie begründet sie ihre Position?
6. Wie viele Jugendliche, die eine vollzeitschulische Ausbildung absolviert haben, konnten aufgrund dieser Ausbildung unmittelbar im Anschluss eine ausbildungsadäquate Erwerbstätigkeit aufnehmen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund)?
7. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen zu gewährleisten bzw. zu verbessern?
8. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung schon ergriffen oder ergreift sie, um die Benachteiligung Jugendlicher mit Migrationshintergrund bei der Ausbildungsplatzsuche im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund mit vergleichbaren Qualifikationen zu beseitigen?

9. Welche Maßnahmen plant oder unterstützt die Landesregierung, um die spezifischen Potenziale von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund wie beispielsweise Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kenntnisse im Bereich der beruflichen Bildung besser anzuerkennen und zu fördern?
10. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um den Zugang zu beruflicher Bildung für Jugendliche mit Duldungsstatus, die in Deutschland aufgewachsen sind bzw. hier ihren Schulabschluss gemacht haben, zu ermöglichen?
11. Welche konkreten Maßnahmen plant oder unterstützt die Landesregierung, um die Vereinbarkeit von jugendlicher Elternschaft mit beruflicher Ausbildung zu verbessern?

V. Jugendliche in Arbeit und Arbeitslosigkeit

1. Welche Maßnahmen, Initiativen und Projekte plant die Landesregierung, um die Übergänge von Schule zu Beruf bzw. von Studium zu Beruf zu verbessern bzw. zu erleichtern?
2. In welchen Regionen ist eine besonders hohe, in welchen eine besonders niedrige Jugendarbeitslosigkeit festzustellen?
3. Welche Initiativen, Maßnahmen und Projekte plant die Landesregierung, um die Jugendarbeitslosigkeit zu senken und den Zugang von Jugendlichen zum Arbeitsmarkt zu verbessern?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Bereitschaft zur Mobilität junger Menschen bei der Suche nach einem Arbeits- und Ausbildungsplatz?
Sind Unterschiede bei der Mobilität junger Menschen aus dem städtischen oder ländlichen Raum festzustellen?
5. Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung zur gezielten und umfassenden Unterrichtung der Jugendlichen über das Jugendarbeitsschutzgesetz?
6. In welchem Umfang nehmen Jugendliche an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen teil?
7. Welche Leistungen wurden - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund der Betroffenen - jungen Menschen jeweils in den Jahren zwischen 2000 und 2010 im Rahmen der Jugendberufshilfe nach § 13 Sozialgesetzbuch VIII gewährt und wie hoch waren die Gesamtkosten für diese Leistungen?
8. Welche Leistungen wurden in Hessen in den Jahren 2000 bis 2010 - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund und Status der Betroffenen (hilfebedürftig, arbeitslos gemeldet, ausbildungssuchend, in Ausbildung) - erwerbsfähigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, durch die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuche (Sozialgesetzbuch II) und durch die Bundesagentur für Arbeit im Sozialgesetzbuch III gewährt und wie hoch waren die Gesamtkosten für diese Leistungen?
9. Mit wie vielen erwerbsfähigen jungen Menschen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wurde durch die Träger des Sozialgesetzbuches II im Jahr 2010 eine Eingliederungsvereinbarung getroffen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund der Betroffenen)?
10. Wie sieht der tatsächliche Betreuungsschlüssel bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund -, im Jahr 2010 aus?

11. In welchem Umfang wurden Jugendliche - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund - in 2010 mit Sanktionen durch die Träger der Grundsicherung belegt?
Wie hoch war damit die Sanktionsquote und wie lang war die durchschnittliche Dauer der Sanktionen?
12. Wie viele der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund -, leben in Bedarfsgemeinschaft mit ihren Eltern und wie viele leben in eigenen Haushalten?
13. Wie viele erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wurden - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund - durch die Träger des Sozialgesetzbuches II im Jahr 2010
 - a) in reguläre Beschäftigungsverhältnisse vermittelt,
 - b) in eine betriebliche Ausbildung vermittelt,
 - c) in eine berufsvorbereitende oder vergleichbare Maßnahme vermittelt,
 - d) in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Zusatzjobs) vermittelt?
14. Wie hat sich die Anzahl der Jugendlichen - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund - entwickelt, die in den Jahren 2000 bis 2010 durch berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und Angebote der Benachteiligtenförderung, vor allem durch außerbetriebliche Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen, gefördert wurden?
Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung?
In welchem Umfang sollen Förderungsangebote nach Ansicht der Landesregierung in Zukunft fortgeführt werden?

VI. Jugendliche und Studium

1. Wie hat sich die Zahl der Studierenden in den letzten zehn Jahren entwickelt (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund)?
Wie hat sich der prozentuale Anteil derjenigen in den letzten zehn Jahren entwickelt, die ihr Studium erfolgreich mit einem Abschluss beendet haben (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund)?
Wie hat sich der prozentuale Anteil der Studienabbrecher in den letzten zehn Jahren entwickelt (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund)?
Wie bewertet die Landesregierung sowohl die Entwicklung der Anzahl erfolgreicher Studienabschlüsse als auch die Anzahl der Studienabbrecher?
2. Welchen Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um die Zahl derjenigen, die in jedem Altersjahrgang die Hochschulreife erwerben, zu erhöhen?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Zugangschancen von bildungsfernen Schichten und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu einer Hochschulbildung zu erhöhen?
 - a) Wie viele Mittel stehen hierfür zur Verfügung?
 - b) Wie viele Jugendliche - aufgeschlüsselt nach Geschlecht - sind bisher mit diesen Maßnahmen erreicht worden?
 - c) Welche Maßnahmen sind für die Zukunft geplant?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung von Studienplatzkapazitäten insbesondere angesichts des Rechtes auf freie Studien- und Berufswahl und der Zugangschancen zu tertiärer Bildung?
5. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass genügend Wohnraum für die Studierenden zur Verfügung steht?
6. Welche Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung, um Universitäten und Fachhochschulen sowie Wirtschaft und Arbeitsmarkt bei der Bewältigung der Herausforderung eines doppelten Abiturjahrgangs in diesem Jahr zu unterstützen?

7. Wie will die Landesregierung gewährleisten, dass die Hochschulen finanziell und organisatorisch in der Lage sind, fachlich angemessene, gerechte und transparente Auswahlverfahren für die Studienplätze durchzuführen?
8. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um der noch überwiegend geschlechterspezifischen Studiengangwahl entgegenzuwirken?
9. Wie beurteilt die Landesregierung die hohen Verschuldungsrisiken von jungen Absolventen, die sich aus der Aufnahme eines Studienkredites oder eines Studienbeitragsdarlehens ergeben können?
10. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung dem Konzept des Dualen Studiums zu?
11. Wie viele Jugendliche haben 2010 ein Duales Studium begonnen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund)?
12. Welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage bezüglich des Dualen Studiums der letzten zehn Jahre?
13. Wie beurteilt die Landesregierung den hessischen Ausbildungspakt im Hinblick auf das Konzept des Dualen Studiums?

VII. Jugend - "Generation Praktikum"

1. Wie viele Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht) arbeiten vor der ersten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in gering bezahlten oder unbezahlten Praktika und wie hat sich diese Zahl in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Bezahlung von Praktika im öffentlichen Dienst in Hessen vor?
Decken sich die Erkenntnisse mit dem Ergebnis des "Praktikantenreports 2012", dass in diesem Bereich ca. 80 v.H. der Praktika unbezahlt sind?
Wenn ja, wie bewertet die Landesregierung dies, auch im Hinblick auf die damit verbundene Unzufriedenheit der Praktikantinnen und Praktikanten, und welcher Handlungsbedarf ergibt sich daraus?
3. Wie beurteilt die Landesregierung, dass laut Praktikantenreport geringere Karrierechancen und Lernerfolge besonders im öffentlichen Dienst für Unzufriedenheit bei den Praktikantinnen und Praktikanten sorgen?
Was plant die Landesregierung, um dem entgegenzuwirken?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation, dass eine hohe Anzahl der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen nach ihrem Studium lange und zum Teil unbezahlte Praktika ableisten, durch die ihr Berufseinstieg verzögert wird und sozialversicherungspflichtige Stellen verdrängt oder gar nicht erst geschaffen werden?
Wo liegen nach Meinung der Landesregierung die Ursachen für diese Entwicklung?
5. Welche konkreten Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um auf diese Entwicklung zu reagieren und Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen im Anschluss an ihr Studium Perspektiven für eine ihrer Qualifikation angemessene, feste sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bieten?
6. Sieht die Landesregierung in der Einführung gesetzlicher Absicherungen und Mindeststandards wie beispielsweise eines gestaffelten Mindestlohns für Praktikantinnen und Praktikanten mit Hochschulabschluss einen Teil der Lösung des Problems?
Wenn nein, wie begründet die Landesregierung dies?

7. Sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung zu unsicheren Berufsbiografien und der höheren Kinderlosigkeit gerade auch bei jungen Akademikerinnen und Akademikern?

VIII. Partizipation und politisches sowie zivilgesellschaftliches Engagement von Jugendlichen

1. Wie steht die Landesregierung grundsätzlich zu der Forderung der UN-Kinderrechtskonvention, dass Jugendliche - in altersgemäßer Weise - bei allen Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, einbezogen werden sollen?
2. Wie will die Landesregierung die Stärkung von Jugendbeteiligung sowohl auf der Ebene des Landes als auch auf der der Kommunen dauerhaft verfestigen?
3. Welche politischen Beteiligungsmöglichkeiten bietet und plant die Landesregierung bereits im Rahmen von Programmen, Projekten etc.?
4. Welche Initiativen plant die Landesregierung, um die Beteiligung und demokratische Teilhabe von Jugendlichen zu verbessern und zielgruppengerechtere Angebotsstrukturen anbieten zu können und damit der Forderung des Zwölften Kinder- und Jugendberichts nach mehr Partizipation von Jugendlichen in der Entwicklung neuer Angebote der Jugendhilfe nachzukommen?
5. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um die realen Teilhabechancen und Beteiligungsmöglichkeiten von Mädchen und jungen Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie sozial benachteiligten Jugendlichen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu fördern?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Beteiligung der hessischen Jugendlichen an den Wahlen seit 2000?
Welche alters- und geschlechtsspezifischen Unterschiede sieht die Landesregierung im Wahlverhalten junger Menschen in Hessen?
7. Wie steht die Landesregierung zu einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Landtagswahlen?
8. Welche konkreten Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung, um der wachsenden Politik- und Demokratieskepsis vieler Jugendlicher entgegenzuwirken?
9. Welche inhaltlichen Schwerpunkte will die Landesregierung bei der politischen Bildung setzen?
10. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um soziales, politisches, ökologisches und kulturelles Engagement junger Menschen zu fördern - insbesondere im Hinblick auf Mädchen und junge Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie sozial benachteiligte Jugendliche?
11. Welche Bedeutung kommt nach Ansicht der Landesregierung den Jugendverbänden bei der Förderung politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements und der politischen Bildung zu?
12. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um politisches und zivilgesellschaftliches Engagement als eigenständiges Lernfeld für Jugendliche rechtlich und politisch zu stärken?

IX. Jugendliche in Freiwilligendiensten

1. Wie viele Jugendliche leisten - aufgeschlüsselt nach Freiwilligendiensten und Geschlecht - einen Freiwilligendienst?
2. Wie will die Landesregierung die gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen durch Jugendfreiwilligendienste stärken?

3. Welche Initiativen will die Landesregierung ergreifen, um insbesondere benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gezielt durch Jugendfreiwilligendienste gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen?
4. Wie viele Jugendliche begannen 2010 ihren Freiwilligendienst (aufgeschlüsselt nach Art des Freiwilligendienst, Einsatzbereichen, Geschlecht und Migrationshintergrund)?
Wie hat sich die Zahl der Jugendlichen, die einen Freiwilligendienst leisten, in den letzten 10 Jahren entwickelt (aufgeschlüsselt nach Art des Freiwilligendienst, Einsatzbereichen, Geschlecht und Migrationshintergrund)?
5. Wie wirkt sich der Wegfall der Wehrpflicht auf die Freiwilligendienste aus?
6. Entspricht das Angebot an Plätzen von Jugendfreiwilligendiensten dem Bedarf?
Wenn nein, welche konkreten Pläne hat die Landesregierung, um das Platzangebot in Jugendfreiwilligendiensten dem Bedarf anzupassen?
7. Welche konkreten Pläne hat die Landesregierung, um die verschiedenen Jugendfreiwilligendienste in gleicher Weise für beide Geschlechter attraktiv zu gestalten und gegebenenfalls bestehende Benachteiligungen zu beseitigen?
8. Welche Initiativen will die Landesregierung ergreifen, um die Vielfalt der Freiwilligendienste (Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Kulturelles Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Freiwilliges Jahr im politischen Leben, Freiwilliges Jahr in der Denkmalpflege, Freiwilliges Jahr in Wissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit, Freiwilliges Jahr im Sport, etc.) bekannter zu machen?
9. Beabsichtigt die Landesregierung, Initiativen zur Einführung von Qualitätsstandards für Träger und Einsatzstellen sowie ihre unabhängige Zertifizierung zu ergreifen?
Falls ja, wie sehen diese aus?
Falls nein, warum nicht?
10. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Auswirkungen einer Tätigkeit in Freiwilligendiensten auf die betroffenen Jugendlichen (wie beispielsweise Änderungen von Berufswahl oder Einstellungen)?
11. Wie beurteilt die Landesregierung den Bundesfreiwilligendienst im Hinblick auf die nun vorhandene Doppeltstruktur der Freiwilligendienste?

X. Zukunft der Jugendhilfe

1. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung der Jugendhilfe zu?
2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung den Jugendämtern zu?
3. Welche Bedeutung misst die Landesregierung den Jugendhilfeausschüssen zu?
4. Ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Einrichtungen der Jugendarbeit gewährleistet?
Wo bestehen Defizite?
5. Welche konkreten Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung, um
 - a) eine stärkere bildungsbezogene Kooperation von Elternhaus, Jugendhilfe und Schule,
 - b) eine stärkere Anerkennung der Bildungsleistungen der Kinder- und Jugendhilfe,

- c) eine Konzeptionierung von Bildungsmaßnahmen und Lernwelten der Jugendhilfe im Hinblick auf unterschiedliche Kulturen und echte Integration,
 - d) Rahmenbedingungen zum Ausgleich regionaler Disparitäten und einer qualitativ hochwertigen Grundversorgung an außerschulischen Bildungsangeboten für alle zu fördern und zu gewährleisten?
6. Werden im Rahmen der Jugendarbeit ausgewogene Angebote für Jungen und Mädchen gemacht?
7. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die Bildungsangebote der Jugendhilfe insbesondere die sogenannten Risikogruppen des formalen Bildungssystems besser als bisher erreicht und unterstützt? Welche Maßnahmen plant sie, um den sogenannten Risikogruppen damit auch eine bessere Teilhabechance in der Gesellschaft zu ermöglichen?
8. Wie haben sich in den letzten zehn Jahren die Kosten in den kommunalen Haushalten für Hilfen zur Erziehung in Hessen entwickelt (aufgeschlüsselt nach ambulant, teilstationär, stationär und Pflegefamilien)?

XI. Gender Mainstreaming

1. Welche Bilanz zieht die Landesregierung hinsichtlich der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe?
2. Welche Maßnahmen und Projekte plant die Landesregierung, um im Bereich der außerschulischen Bildung darauf hinzuwirken, kulturelle und geschlechterbezogene Benachteiligungen von jungen Frauen und Männern abzubauen?
3. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um das jeweilige tatsächlich genutzte Berufswahlspektrum von Mädchen und Jungen zu verbreitern?
4. Welche konkreten Schritte zur Erweiterung des Rollenspektrums gerade bei jüngeren Mädchen und Jungen plant oder unternimmt die Landesregierung?
5. Wie will die Landesregierung gewährleisten, dass die Jugendberufshilfe beiden Geschlechtern in einem gerechten Verhältnis zugutekommt?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass Mädchen und junge Frauen trotz häufig besserer Bildungsabschlüsse überwiegend Ausbildungen wählen, die nur eingeschränkte Karriere- und Verdienstmöglichkeiten bieten?
Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass Mädchen und junge Frauen trotz häufig besserer Bildungsabschlüsse größere Schwierigkeiten als Jungen und junge Männer haben, traditionell männlich geprägte (z.B. gewerblich-technische) Ausbildungsplätze zu erhalten?
Welche Maßnahmen will die Landesregierung in diesem Zusammenhang ergreifen?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, darauf hinzuwirken, dass die Beraterinnen und Berater der Agentur für Arbeit ausreichend qualifiziert sind, um eine Berufsberatung anzubieten, die Geschlechterrollen überwindet, statt sie weiter zu verfestigen?

XII. Jugendliche und Migration

1. Wie viele Jugendliche, Heranwachsende und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres leben derzeit in Hessen?
- a) Wie viele von ihnen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit?

- b) Wie viele von ihnen haben die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grundlage des sogenannten Jus-Soli-Prinzips (§ 4 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz) erhalten?
 - c) Wie viele von ihnen besitzen die Staatsangehörigkeit welchen EU-Mitgliedstaats (bitte aufschlüsseln)?
 - d) Wie viele von ihnen besitzen die Staatsangehörigkeit welchen Drittstaats (bitte aufschlüsseln)?
 - e) Wie viele von ihnen besitzen neben der deutschen auch die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats bzw. die eines Drittstaats (bitte aufschlüsseln)?
Wie viele von ihnen mussten sich 2008 gemäß der sogenannten Optionsklausel des Staatsangehörigkeitsgesetzes (§ 29) für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden?
 - f) Wie viele von ihnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind im Besitz einer Niederlassungserlaubnis bzw. haben gemäß § 35 Aufenthaltsgesetz einen Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis (aufschlüsseln nach Herkunftsland)?
 - g) Wie viele von ihnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit haben seit dem Jahr 2000 von der in § 10 Abs. 1 Satz 3 Staatsangehörigkeitsgesetz vorgesehenen Möglichkeit zur erleichterten Einbürgerung für Jugendliche unter 23 Jahren Gebrauch gemacht?
 - h) Wie viele von ihnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit leben seit wie vielen Jahren in Hessen mit einer Duldung (aufschlüsseln nach Herkunftsland)?
2. Wie viele der derzeit in Hessen lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind
 - a) vor ihrem 6. Lebensjahr,
 - b) vor ihrem 10. Lebensjahr,
 - c) vor ihrem 16. Lebensjahr,
 - d) nach ihrem 16. Lebensjahrzu ihren in Deutschland lebenden Eltern nachgezogen?
 3. Welche wissenschaftlichen Forschungsergebnisse über die Bildungs- und Integrationserfolge von nachgezogenen Kindern kennt die Landesregierung?
Wie bewertet sie diese?
 4. Wie hat sich die Zahl der in Hessen befindlichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge von 2000 bis 2010 entwickelt und wie erklärt sich die Entwicklung?
 5. Wie viele Jugendliche befanden sich in den Jahren 2000 und 2010 für welche Zeiträume in Abschiebehaft?
Inwiefern wird in Abschiebehaftanstalten den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen Rechnung getragen?
 6. Wie viele Jugendliche bis 18 Jahre wurden in den Jahren 2000 bis 2010 gemeinsam mit ihren Eltern abgeschoben?
Wie viele wurden ohne ihre Eltern in diesem Zeitraum abgeschoben?
 7. Wie viele der derzeit in Hessen lebenden Personen sind in den letzten zehn Jahren vor ihrem 18. Lebensjahr bzw. vor ihrem 21. Lebensjahr zu ihren in Hessen lebenden Ehegattinnen/Ehegatten aus dem Ausland nachgezogen (jeweils aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Herkunftsland der nachziehenden Person und Staatsangehörigkeit der/des in Deutschland lebenden Ehegattin/Ehegatten)?
 - a) In wie vielen dieser Fälle hat die nachziehende Person die Ehe schon im Alter unter 16 Jahren bzw. unter 18 Jahren geschlossen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Herkunftsland der nachziehenden Person)?
 - b) In wie vielen Fällen dieses Nachzugs von bis zu 21-jährigen Ehegattinnen und Ehegatten geht die Landesregierung aufgrund welcher Tatsachengrundlage von einer sogenannten "Zwangsehe" aus (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Herkunft der nachziehenden Person)?

- c) Wie viele dieser nachgezogenen jungen Ehegattinnen und Ehegatten haben sich nach ihrem Nachzug unter Hinweis auf den Zwangscharakter ihrer Ehe bzw. Eheschließung getrennt bzw. scheiden lassen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Herkunftsland der nachziehenden Person)?

XIII. Jugendliche mit Behinderung

1. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung bezogen auf Jugendliche mit Behinderung in Hessen?
2. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Teilhabe von Jugendlichen mit Behinderungen zu verbessern?
3. Welche konkreten Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung, um die gesellschaftliche und politische Partizipation von Jugendlichen mit Behinderung zu fördern?
4. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung die Diskriminierung gegenüber Jugendlichen mit Behinderungen abbauen sowie die Selbstbestimmung und ein Klima der Wertschätzung und Anerkennung fördern?
5. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Vernetzung und Zusammenarbeit der Angebote der Behindertenhilfe, der Gesundheitshilfe und der Jugendhilfe?
Welche Verbesserungen sind notwendig?
6. Wie beurteilt die Landesregierung den Zugang junger Menschen mit Behinderung zum Ausbildungsmarkt?
Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um diesen Zugang zu unterstützen?
7. Wie beurteilt die Landesregierung den Zugang junger Menschen mit Behinderung zum Arbeitsmarkt?
Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um diesen Zugang zu unterstützen?
8. Welche konkreten Maßnahmen plant oder unternimmt die Landesregierung für die Inklusion Jugendlicher mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt?
9. In welchem Ausmaß sind Mädchen mit Behinderung und Mädchen ohne Behinderung von sexuellen Übergriffen betroffen?
Falls Mädchen mit Behinderung in einem höheren Ausmaß betroffen sein sollten, welche Maßnahmen hält die Landesregierung für möglich und umsetzbar?

XIV. Schwule und lesbische Jugendliche

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Ausmaß und Erscheinungsformen gesellschaftlicher Diskriminierung, mit denen lesbische, schwule, transsexuelle und intersexuelle Jugendliche konfrontiert sind, sowie über die Auswirkungen von Diskriminierung auf die Lebenssituation der Jugendlichen?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Akzeptanz oder Nichtakzeptanz von gleichgeschlechtlicher Orientierung und Lebensweisen Jugendlicher in deren Familien - mit und ohne Migrationshintergrund?
Welche Auswirkungen hat die Nichtakzeptanz auf die Lebenssituation der Jugendlichen (aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Migrationshintergründen)?
3. Welche Initiativen plant die Landesregierung, um die Lebenssituation schwuler und lesbischer Jugendlicher zu verbessern, Diskriminierungen abzubauen, Selbstbestimmung und ein Klima der Wertschätzung und Akzeptanz zu fördern?

4. Welche Konzepte verfolgt die Landesregierung, um lesbische und schwule Jugendliche mit Migrationshintergrund oder mit einer Behinderung darin zu unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben ohne Diskriminierung führen zu können?
5. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um transsexuelle und intersexuelle Jugendliche insbesondere im Hinblick auf eine passende gesundheitliche Versorgung zu unterstützen?
6. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Gewaltbereitschaft gegenüber lesbischen und schwulen Jugendlichen zu reduzieren, antihomosexueller Gewalt präventiv entgegenzuwirken sowie Opfern von Gewalt Beratung und Hilfe zukommen zu lassen?
7. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung im Bereich der schulischen sowie außerschulischen Bildung die Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Jugendlicher abbauen sowie deren Potenziale und ein Klima gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung fördern?
8. Beabsichtigt die Landesregierung, sich für die Aufnahme des Themas "sexuelle Identität und Orientierung" in die Rahmenrichtlinien für die Ausbildung aller pädagogischen und sozialpädagogischen Berufe einzusetzen?
Wenn ja, wie?
Wenn nein, warum nicht?

XV. Jugendverbraucherschutz

1. Welche konkreten Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung, um Jugendlichen den Zugang zu Verbraucherinformationen zu erleichtern, ihren Start in die Geschäftsfähigkeit zu begleiten und ihre Verbraucherkompetenzen zu stärken?
2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Verschuldungsprävention für Jugendliche zu und durch welche Maßnahmen fördert sie das Finanzwissen und die ökonomische Bildung für junge Menschen?
3. Welche Angebote hält die Landesregierung für diejenigen Jugendlichen, die kaufsüchtig oder überschuldet sind, für sinnvoll und förderlich?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, in welchem Umfang die vom Bundesjugendministerium geförderte Arbeitshilfe für die schulische Bildung "Unterrichtshilfe Finanzkompetenz" von Lehrerinnen und Lehrern in Anspruch genommen wird?
5. Welche eigenen Programme fördert das Land zur Verschuldungsprävention?
Welchen Umfang haben diese und wie werden sie angenommen?
6. Befürwortet die Landesregierung besondere Jugendschutzvorschriften zum Zweck der Verschuldungsprävention durch Änderungen am Telekommunikationsgesetz?
Falls nein, warum nicht?
7. Wie beabsichtigt die Landesregierung die kritische Auseinandersetzung mit gezieltem Jugendmarketing zu unterstützen - beispielsweise bei Alkopops, Finanzdienstleistungsangeboten, Kreditkarten auf Prepaid-Basis, Schul sponsoring oder Internetangeboten?
Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung für eine verantwortungsvolle Aufklärungs- und Beratungsarbeit?
Wie soll der rechtliche Minderjährigenschutz weiterentwickelt werden?
8. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass ein Beitrag von der Wirtschaft, vor allem von Telekommunikationsanbietern und Finanzdienstleistern, eingefordert werden muss, um den erst reifenden Kenntnissen und Erfahrungen von Jugendlichen im Wirtschafts- und Geschäftsleben gerecht zu werden?

XVI. Jugendliche und Armut

1. Welche Daten liegen der Landesregierung zur Verbreitung und Struktur von Armut und Unterversorgung bei Jugendlichen - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund - vor?
2. Welche Daten liegen der Landesregierung zur Lebenslage und Einkommenssituation junger Volljähriger - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund - vor?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Folgen von Armut und Unterversorgung für die familiäre, schulische und berufliche Sozialisation und soziale Integration von Jugendlichen - aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Armutsrisiken von Jugendlichen zu verringern und der Armut von Familien entgegenzuwirken?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Folgen von Armut und Unterversorgung von Jugendlichen in der Familie, im Bildungssystem und im Beruf zu verringern?
Welche Rolle spielt dabei nach Ansicht der Landesregierung das Zusammenspiel verschiedener Akteure wie Schulen, Unternehmen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und der kommunalen Jugendhilfe?
6. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die soziale und gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen aus Familien mit geringen Einkommen zu sichern und zu fördern?
7. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Jugendarmut in Hessen zu verringern?
Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über regionale Unterschiede?
Wie erklärt sie sich diese und wie hat sie vor, diesen Unterschieden in der Bekämpfung der Jugendarmut gerecht zu werden?

XVII. Jugendliche und Gesundheit

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zum Zusammenhang zwischen der gesundheitlichen Situation von Jugendlichen und ihrer jeweiligen sozialen Lage (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?
Wie bewertet die Landesregierung diese Erkenntnisse und welche Maßnahmen plant die Landesregierung daher zur gesundheitlichen Aufklärung Jugendlicher?
2. Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen, die die im Sozialgesetzbuch V vorgesehene Jugendvorsorgeuntersuchung (J 1) wahrnehmen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Migrationshintergrund und besuchtem Schultyp)?
 - a) Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, welche Gesundheitsbeeinträchtigungen die Jugendlichen in diesen Untersuchungen aufweisen?
 - b) Gibt es Hinweise darauf, dass sich im Zeitverlauf die Häufigkeit verschiedener Krankheitsarten verändert hat?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Familien und Jugendliche bei der Gesundheitsprävention besser zu erreichen und um das Lebensumfeld der Familien stärker bei der Gesundheitsförderung mit einzubeziehen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Kindern in jungen Familien (Jugendliche als Eltern) insbesondere unter Einbeziehung früher Hilfen?
Welchen Handlungsbedarf leitet sie daraus ab?
5. Wie hoch ist der Anteil Jugendlicher unter den Versicherten, die Präventionsleistungen der Krankenkassen nach Art. 20 Abs. 1 Sozialgesetzbuch V in Anspruch nehmen?

6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Zugang zu Präventions- und Unterstützungsangeboten insbesondere für Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund zu verbessern?
7. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für notwendig, um für Jugendliche ein gesundes Wohn- und Lebensumfeld zu ermöglichen? Welchen Stellenwert nimmt dabei eine jugendgerechte Stadt- und Wohnquartiergestaltung ein?
8. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Wirksamkeit des Jugendschutzes im Hinblick auf
 - a) den Verkauf von Tabakwaren an Automaten,
 - b) den Verkauf von Tabakwaren und alkoholischen Getränken in Gaststätten und sonstigen Verkaufsstellen?Welchen Handlungsbedarf leitet die Landesregierung aus diesen Erkenntnissen ab?
9. Welche konkreten Maßnahmen plant oder unternimmt die Landesregierung, um
 - a) das Suchtrisiko bei Jugendlichen in Bezug auf alkoholische Getränke und Tabak-Drogen zu verringern,
 - b) den hohen Anteil vor allem männlicher Jugendlicher mit riskanten Konsummustern bei alkoholischen Drogen ("Rauschtrinken") und den in diesem Bereich steigenden Anteil weiblicher Jugendlicher zu senken,
 - c) dem Rauschtrinken bei Jugendlichen entgegenzuwirken,
 - d) die Entwicklung zu einem niedrigeren Einstiegsalter beim Konsum weicher Drogen zu stoppen,
 - e) die Entwicklung zu riskanteren Mustern beim Konsum harter und weicher Drogen zu stoppen?
10. Was plant oder unternimmt die Landesregierung, um das Suchtrisiko bei Jugendlichen bezüglich Computerspielen sowie Spielen mit Spielkonsolen zu verringern?
11. Welche Daten liegen der Landesregierung über die Entwicklung psychischer, psychosomatischer und neurologischer Auffälligkeiten unter Jugendlichen vor (aufgeschlüsselt nach Art der Auffälligkeit, Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund)? Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob die Probleme rechtzeitig erkannt und angemessen behandelt werden? Wenn ja, welche und welchen Handlungsbedarf leitet die Landesregierung daraus ab?
12. Inwieweit sieht die Landesregierung Möglichkeiten, den Ursachen der psychischen Erkrankungen entgegenzuwirken?
13. Inwieweit muss die Zusammenarbeit von Akteuren und Institutionen der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit denen der Jugendhilfe, den Schulen und der Familienhilfe verbessert und die Lebenssituation der betroffenen Familien in die psychosoziale Versorgung stärker einbezogen und berücksichtigt werden?
14. Wie kann dem zunehmenden Gebrauch und den damit verbundenen negativen Folgen von Psychopharmaka entgegengewirkt werden?
15. Wie viele Jugendliche in Hessen leiden an
 - a) Magersucht,
 - b) Bulimie,
 - c) Binge-Eating-Störung,
 - d) sonstigen Essstörungen (aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht und sozialem Hintergrund)?

16. Wie viele Jugendliche in Hessen leiden an Übergewicht?
Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Präventionsarbeit zum Thema Übergewicht weiterzubringen?
Hat die Landesregierung dabei vor, auf die Wechselwirkung zwischen Ernährungs-, Bewegungs- und Stressverhalten einzugehen?
17. Wie viele Schulen in Hessen bieten eine gesunde Mittagsverpflegung bzw. ein gesundes Pausenfrühstück an?
Wie viele Schulen in Hessen davon sind als "Gut Drauf"-Schulen zertifiziert?
18. Ist die Landesregierung der Meinung, dass Gesundheits- und Ernährungsaufklärung fest in die Lehr- und Ausbildungspläne aufgenommen werden soll?
Wenn nicht, warum nicht?
19. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Einführung von Nährstoffprofilen auf Lebensmittelverpackungen einen Beitrag zur Steuerung eines gesunden Ernährungsverhaltens fördert und somit vor allem auch Jugendlichen eine schnelle Orientierung sowie den Zugang zu einer gesunden Lebensmittelauswahl erleichtert?
Wie begründet sie ihre Entscheidung?
20. In welchem Rahmen und mit welchen Maßnahmen plant die Landesregierung Jugendliche in einer gesunden, selbstbestimmten, eigenverantwortlichen sexuellen Entwicklung zu fördern und zu begleiten?
21. Welche Unterstützung bietet die Landesregierung Mädchen und Jungen, die sexuelle und/oder häusliche Gewalt erfahren?
Welchen Beitrag leistet die Landesregierung zur Präventions-, Interventionsarbeit und Täterarbeit?
Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Beratungsangeboten von/für Mädchen und Jungen, die Opfer von sexueller/häuslicher Gewalt geworden sind?
22. Welche Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gibt es im Bereich interkultureller Sexualpädagogik?
Wie groß ist das Angebot und wie schätzt die Landesregierung den tatsächlichen Bedarf ein?
23. Wie bewertet die Landesregierung den Kenntnisstand und die Verhaltenskonsequenzen bei Jugendlichen über die Verhütung ungewollter Schwangerschaften?
Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?
24. Wie beurteilt die Landesregierung den sinkenden Aufklärungsgrad Jugendlicher bezüglich der Gefahren sexuell übertragbarer Krankheiten, insbesondere HIV/AIDS und welchen konkreten Handlungsbedarf sieht sie, um Jugendliche verstärkt vor HIV-/AIDS-Infektionen zu schützen?
25. Wie viele Jugendliche haben seit 2000 in Hessen einen Suizidversuch unternommen?
Wie viele Jugendliche haben seit 2000 Suizid begangen?
Gibt es in Hessen Beratungsangebote und Anlaufstellen für suizidgefährdete Jugendliche?

XVIII. Jugendliche und Sport

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die sportlichen Aktivitäten, körperlich-sportliche Leistungsfähigkeit und den Gesundheitszustand Jugendlicher heute (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund)?
Was zeigt sich im Vergleich zu früheren Generationen?
2. Hält die Landesregierung die institutionellen Sportangebote von Schulen, Vereinen und kommerziellen Anbietern in Bezug auf die qualitative und quantitative Nachfrage für angemessen?

3. Welche Bedeutung misst die Landesregierung dem Schulsport, auch im Hinblick auf die Motivation der Jugendlichen zu weiteren sportlichen Aktivitäten nach der Schulzeit, zu?
Wie unterstützt die Landesregierung die Schulen, damit diese einen ansprechenden, qualitativ hochwertigen Sportunterricht gestalten können?
4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Beteiligung von Sportvereinen an der Gestaltung von Sport an der Schule - in Anbetracht der erhöhten Stundenzahl durch G8 - und Ganztagschulen zu erhöhen?
5. Wie fördert die Landesregierung Sport für die Jugend?
 - a) Wie bewertet die Landesregierung die Bundeswettbewerbe "Jugend trainiert für Olympia" und "Bundesjugendspiele" insbesondere im Hinblick auf ihre zeitgemäße Form der sportlichen Förderung von Jugendlichen?
 - b) Gibt es Überlegungen für innovative Veränderungen dieser Bundeswettbewerbe bzw. gibt es neue Ansätze seitens des Landes in diesem Bereich?
6. Wie wird die Landesregierung die Sportjugend Hessen und andere Jugendsportverbände künftig fördern?
7. Wie will die Landesregierung Sportvereine unterstützen, die besonders im Bereich des Jugendsports ein breiteres Angebot bereitstellen wollen?
8. Ist eine geschlechterspezifische Angebotsentwicklung gerade auch für die bisher unterrepräsentierten Mädchen mit Migrationshintergrund ein Förderkriterium für die Landesregierung?
9. In welchen Bereichen betreibt und plant die Landesregierung eine umfassende Präventionsarbeit gegen (sexuelle) Gewalt, Rassismus, Drogen und Doping im Sport?
In welchen Sportarten wird Präventionsarbeit geleistet?

XIX. Jugendliche im ländlichen Raum

1. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um der Abwanderung junger Menschen aus ländlichen Regionen in Ballungsgebiete zum Zwecke der Ausbildung oder aus beruflichen Gründen entgegenzuwirken?
Inwieweit werden dabei Arbeitsmarkt-, Familien- und Jugendpolitik miteinander verknüpft?
2. In welchem Maß plant die Landesregierung, die Verkehrspolitik den besonderen Bedürfnissen junger Menschen anzupassen?
3. Welche Bedeutung misst die Landesregierung den dauerhaften, soziokulturellen Jugendangeboten im ländlichen Raum zu?
Durch welche eigenen Aktivitäten will sie diese fördern und durch welche Maßnahmen die Kommunen in diesem Bereich unterstützen?
4. Inwieweit hat die Landesregierung die Fördermaßnahmen für den ländlichen Raum, wie sie insbesondere im Rahmenplan zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" festgehalten sind, genutzt, um für junge Menschen das Leben auf dem Land wieder attraktiver zu machen?
5. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung kurz-, mittel und langfristig, um Jugendlichen (insbesondere Mädchen) den Berufseinstieg in sogenannte "grüne" Berufe (Land- und Forstwirtschaft etc.) bzw. die Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe zu erleichtern?

XX. Jugendliche und Umwelt

1. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass der Jugend eine sichere und gesunde Zukunft einschließlich einer lebenswerten Umwelt geboten wird?
2. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die Problemwahrnehmung der Jugendlichen im Bereich Umwelt- und Naturschutz? Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung aufgrund dessen?
3. Durch welche Maßnahmen wird ein grundlegender Wissensstand im Bereich Umweltbildung sichergestellt?
 - a) Welche Altersklassen werden angesprochen?
 - b) Inwiefern erfolgt eine Aufklärung über den aktuellen Wissensstand im Bereich Klimawandel?
 - c) Auf welche Weise wird Umweltkompetenz vermittelt?
4. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass eine ausreichende Umweltbildung für Jugendliche im Rahmen der schulischen und außerschulischen Möglichkeiten gewährleistet wird?
5. Wie gewährleistet die Landesregierung eine ausreichende und kontinuierliche Weiter- und Fortbildung der Akteure im Bereich der Umweltbildung?
6. Durch welche konkreten Maßnahmen stellt die Landesregierung die aktive Einbeziehung von Jugendlichen in umwelt- und naturschutzpolitische Entscheidungsprozesse sicher?
 - a) Wie beteiligt die Landesregierung Jugendliche insbesondere an der Umsetzung von nationalen, europäischen und internationalen Umwelt- und Naturschutzprogrammen?
 - b) Auf welche Weise stellt die Landesregierung die Mitwirkung von Jugendvertretern an Entscheidungsprozessen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sicher?
7. Welche internationalen, regionalen und lokalen Jugendkonferenzen und anderen Foren im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes hat die Landesregierung initiiert und in welchem Umfang fördert sie diese?
8. Welche umweltpädagogischen Projekte initiiert und fördert die Landesregierung im Rahmen der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung"?
 - a) Wie bringt die Landesregierung die Anliegen der Jugendlichen in die Umsetzung des Aktionsplans mit ein?
 - b) Durch welche konkreten Maßnahmen wird der interkulturelle Dialog im Rahmen der UN-Dekade zwischen den Jugendlichen gefördert?
9. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass sich gerade im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes für Jugendliche zukünftig besonders attraktive berufliche Perspektiven ergeben und diese einen bedeutenden Beitrag zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit leisten können?
Welche Konsequenzen ergeben sich für die Landesregierung daraus?

XXI. Jugendliche und Mobilität

1. Welche speziellen Angebote hat die Landesregierung seit dem Jahr 2000 entwickelt, um bei Jugendlichen für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu werben?
2. Welche verkehrswissenschaftlichen Institute und/oder verkehrswissenschaftliche Hochschuleinrichtungen beschäftigen sich mit dem Thema Jugend und Mobilität in Hessen?

3. Untersucht die Landesregierung die speziellen Mobilitätsbedürfnisse von Jugendlichen?
Wenn ja, zu welchen Ergebnissen ist sie gekommen und welchen Handlungsbedarf sieht sie?
4. Welche Fahrkartenangebote, die speziell auf die Bedürfnisse Jugendlicher zugeschnitten sind, existieren in den drei Verkehrsverbänden des Landes?
5. Wie haben sich seit dem Jahr 2000 die Preise für diese Angebote in den jeweiligen Verkehrsverbänden entwickelt?
6. Wie stellen sich die Beteiligungszahlen für das begleitete Fahren ab 17 Jahren in Hessen seit der Einführung dar?

XXII. Jugendliche und Kultur

1. Wie wurden die traditionellen Kultureinrichtungen (Bibliothek, Museum, Theater, Oper) durchschnittlich im letzten Jahr von Jugendlichen besucht (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund)?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Teilhabe von Jugendlichen an Kulturangeboten verstärkt werden müsse?
Wenn ja, welche Maßnahmen und Initiativen hat die Landesregierung hierfür eingeleitet bzw. geplant?
3. Welche Bemühungen sind von der Landesregierung im Hinblick auf die Realisierung einer Juvenale, wie sie von der unabhängigen hessischen Kulturkommission vorgeschlagen war, unternommen worden?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die spezifischen Potenziale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (z.B. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kenntnisse) im kulturellen Leben unseres Landes stärker zu fördern?
5. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung, um das Engagement von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zur Bewahrung und Förderung der Kultur und Sprache ihres Herkunftslandes bzw. das ihrer Eltern zu unterstützen?
6. Plant die Landesregierung, die Kooperation von Schule und Kultur voranzutreiben und weiter auszubauen?
Wenn ja, in welchem Ausmaß?
Falls nein, warum nicht?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung in Anlehnung an das "Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" der UNESCO-Generalkonferenz, Jugendlichen unter Berücksichtigung sozialer und kultureller Umbrüche kulturelle Vielfalt bzw. interkulturelle Kompetenz zu vermitteln?

XXIII. Jugend und Religion

1. Welchen Religionen (aufgeschlüsselt nach Konfessionen) gehören Jugendliche in Hessen bis zum Alter von einschließlich 25 Jahren an?
2. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über den Stellenwert von Religion allgemein für Jugendliche (aufgeschlüsselt nach Konfession, Geschlecht und Migrationshintergrund)?
3. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über das Ausmaß religiösen Einflusses auf Lebensstile und Haltungen der Jugendlichen?
In welchen Bereichen ist dieser besonders ausgeprägt?
4. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Verbreitung extremistischer Haltungen mit scheinbar religiöser Begründung sowie die Ansicht, dass das religiös definierte Regelwerk Vorrang vor staatlichem Recht und der Verfassung habe?
Welche Entwicklung ist hierbei in den letzten Jahren zu verzeichnen?

5. Wie groß ist das Angebot an Beschulung, Nachhilfeangebote, Hausaufgabenbetreuung etc. von extremen oder extremistischen Glaubensgemeinschaften oder Sekten?
Wie bewertet die Landesregierung dies?
6. Wie viele Jugendliche gehören Sekten oder sektenähnlichen Verbindungen an (aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund)?
7. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung die Präventions- und Aufklärungsarbeit über Sekten?

XXIV. Jugend und Medien

1. Wie will die Landesregierung den Zugang zu modernen Medien insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche fördern, um einer "digitalen Spaltung" der Gesellschaft entgegenzuwirken?
2. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Mediennutzung von Mädchen und Jungen?
Wie bewertet sie diese und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
3. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Medienkompetenz von Jugendlichen bei und wie bewertet sie die ihr vorliegenden Erkenntnisse zur Medienkompetenz von Jugendlichen?
4. Welche Rolle misst die Landesregierung der Landesanstalt für privaten Rundfunk sowie den privaten und öffentlich-rechtlichen Medien bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Medienkompetenz bei?
5. Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz von Jugendlichen hat die Landesregierung bisher durchgeführt, welche initiiert und plant die Landesregierung?
Welche Schwerpunkte setzt sie dabei?
6. Sieht die Landesregierung in der Nutzung sozialer Netzwerke im Internet Risiken für Jugendliche?
Wenn ja, welche und welchen Handlungsbedarf leitet die Landesregierung daraus ab?
7. Was tut die Landesregierung, um minderjährige Jugendliche vor zweifelhaften, missbräuchlichen, unwürdigen Auftritten im Fernsehen und Internet zu schützen?
8. Was tut die Landesregierung gegen sexistische Darstellung in den Medien, Werbung etc.?
9. Was versteht die Landesregierung unter sogenannten "Killerspielen" und welche Auffassung vertritt sie zu einem eventuellen Verbot?
Gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse zur Wirkung von "Killerspielen" auf Jugendliche?
Wie beurteilt die Landesregierung die Wirkung und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
10. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der bisherigen Bemühungen und die Erfolgsaussichten weiterer Bemühungen um eine Harmonisierung des Jugendmedienschutzes auf europäischer und internationaler Ebene?

XXV. Jugendliche und Extremismus

1. Wie hat sich die Zahl politisch motivierter Straftaten von rechts- und linksradikalen Jugendlichen jeweils seit 2000 entwickelt (bitte aufschlüsseln)?
2. Wie viele Jugendliche - aufgeschlüsselt nach Geschlecht - gehören jeweils rechts- oder linksextremen Gruppierungen und Organisationen an?
Wie haben sich diese Zahlen seit 2000 entwickelt?

3. Worin sieht die Landesregierung Ursachen für den anhaltenden Zuspruch mancher Jugendlicher zu rechts- oder linksextremen Gruppierungen und Organisationen?
4. Wie schätzt die Landesregierung die Verbreitung rechtsextremistischer Parolen bei Fußballspielen ein?
Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?
5. Welche Maßnahmen plant und unternimmt die Landesregierung, um Rechts- sowie Linksextremismus unter Jugendlichen nachhaltig und flächendeckend zu begegnen?
6. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um unsere demokratische, anerkennende und rechtsstaatliche Kultur unter Jugendlichen zu festigen?
Wie beabsichtigt die Landesregierung, dabei langfristig arbeitende zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften zu unterstützen?
7. Aus einer Studie des Bundesinnenministeriums zum Antisemitismus in Deutschland ergab sich, dass es bei ca. 20 v.H. der Deutschen einen latenten Antisemitismus gebe. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie groß der Anteil Jugendlicher daran ist?
Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung bei der Aufklärung der Jugendlichen über das Judentum, um dem Antisemitismus zu begegnen?
8. Wie bewertet die Landesregierung die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, im Vergleich zu der, die vom Linksextremismus ausgeht?

XXVI. Jugendliche und Delinquenz

1. Wie viele Jugendliche haben jeweils in den Jahren seit 2000 - aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund - eine Jugendstrafe verbüßt?
2. Welche Konzepte hat die Landesregierung, um die Entstehung von Kriminalität unter Jugendlichen präventiv zu verhindern?
3. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass geschlechtsspezifische Angebote zur Gewaltprävention stärker gefördert und vorangetrieben werden müssen?
Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen?
Wenn nein, warum nicht?
4. Wie stellt sich die Landesregierung die tatsächliche Gewährleistung der Interessenvertretung der Jugendhilfe in gerichtlichen Verfahren und Strafverfahren gegen Jugendliche im Rahmen der Jugendgerichtshilfe vor?
5. Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen mit Schulabschluss vor Strafantritt, die seit 2000 eine Jugendstrafe verbüßt haben oder verbüßen (aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und Schulabschluss)?
6. Wie viele Jugendstrafvollzugsanstalten verfügen über die Möglichkeit, jugendlichen Straftäterinnen und Straftätern zu einem Schulabschluss oder einer Ausbildung zu verhelfen?
Wie viel Prozent erreichen einen erfolgreichen Abschluss?
7. Wie bewertet die Landesregierung Projekte zur Haftvermeidung?
Welchen Bedarf sieht die Landesregierung für Haftvermeidungsprojekte in Hessen?
8. Welche Konzepte hat die Landesregierung, um Resozialisierung und Reintegration jugendlicher Straftäterinnen und Straftäter zu fördern und ihnen Teilhabechancen in der Gesellschaft zu eröffnen?

9. Wie bewertet die Landesregierung die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen insbesondere im Hinblick auf den damit verbundenen Strukturbruch mit dem Prinzip der Freiwilligkeit in der Jugendhilfe?
10. Teilt die Landesregierung die Meinung der Wiesbadener Erklärung der CDU vom 05.01.2008, in der gefordert wird, den Ausweisungsschutz für delinquente ausländische Jugendliche zurückzufahren?
11. Welche Konzepte hat die Landesregierung, um Jugendliche als Opfer - insbesondere von Delikten an Schutzbefohlenen - stärker zu schützen?
12. Wie bewertet die Landesregierung das Instrument des Täter-Opfer-Ausgleichs?
Falls sie zu einer positiven Bewertung gelangt, wie will die Landesregierung den Einsatz des Täter-Opfer-Ausgleichs weiter fördern?

XXVII. Forschungsinitiativen über Jugendliche

1. Welche Forschungsinitiativen plant die Landesregierung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe?
2. Liegen der Landesregierung Ergebnisse zu den Auswirkungen ganztägiger Bildung, Betreuung und Erziehung sowie der vorschulischen Sprachförderung vor?
Wenn ja welche und welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?
3. Welche Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung einer Systematisierung und Qualifizierung von Daten und Instrumenten einer bildungsbezogenen Sozialberichterstattung bei Bund, Ländern und Gemeinden plant die Landesregierung?
4. An welchen internationalen Bildungsstudien sollen die Bildungseinrichtungen in Hessen nach Auffassung der Landesregierung in den kommenden Jahren teilnehmen?
5. Auf welche Weise will die Landesregierung die Umsetzung der sich aus den Ergebnissen der Bildungsstudien ergebenden Konsequenzen gewährleisten?
6. Plant die Landesregierung eine umfassende und repräsentative Bestandsaufnahme zur Lebenssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund?
7. Plant die Landesregierung Forschungsprojekte zur Erforschung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Ausbildungslage für alle Jugendlichen?
Wenn ja, welche?

XXVIII. Europäische und internationale Jugendpolitik

1. Welche Initiativen plant die Landesregierung, um die im "Europäischen Pakt für Jugend" empfohlene Aufnahme einer jugendpolitischen Dimension in andere Politikfelder zu gewährleisten?
 - a) Welche Einrichtung ist mit der Umsetzung des Paktes in Hessen betraut?
 - b) Was plant die Landesregierung, um Jugendliche bzw. Jugendverbände und -organisationen an der Umsetzung des Paktes für welchen Zeitraum zur Verfügung?
 - c) Welche Mittel stehen der Landesregierung zur Umsetzung des Paktes für welchen Zeitraum zur Verfügung?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in der europäischen Jugendpolitik?
Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung das Engagement und die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen bei der Gestaltung der europäischen Entwicklung fördern?

3. Wie viele Jugendliche aus Hessen haben an schulischen Jugendaustauschprogrammen der Europäischen Union jeweils in den Jahren seit 2000 teilgenommen (aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund)?
4. Mit welchen existierenden oder geplanten Programmen und Maßnahmen fördert die Landesregierung Ausbildung, Fortbildung oder Praktika für deutsche Schülerinnen und Schüler sowie Studierende außerhalb der Europäischen Union?
Wie hat sich die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den letzten 10 Jahren entwickelt?
5. Mit welchen existierenden oder geplanten Programmen und Maßnahmen fördert die Landesregierung Ausbildung, Fortbildung oder Praktika für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende aus Herkunftsländern außerhalb der Europäischen Union in Hessen?
 - a) Wie viele Jugendliche haben an den Programmen und Maßnahmen teilgenommen (aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht)?
 - b) Wer sind die Träger?
 - c) Leistet das Land Hessen finanzielle Förderung?
Wenn ja, wie viel und an wen?

XXIX. Jugendliche und Altersvorsorge

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über den Wissensstand der Jugendlichen über die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und den Bedarf eigener zusätzlicher Altersvorsorge?
Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung in diesem Bereich und wie will sie diesem nachkommen?
2. Welche konkreten Maßnahmen hält die Landesregierung langfristig für notwendig, um einer Altersarmut für die heutige Generation der Jugendlichen entgegenwirken zu können?
3. Wie viele Jugendliche unter 25 Jahren haben seit der Einführung der so genannten Riester-Rente bereits bei Beginn ihrer Ausbildung oder dem Einstieg ins Berufsleben hiervon Gebrauch gemacht (aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Migrationshintergrund)?

Wiesbaden, 3. Mai 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Dr. Spies
Roth
Decker
Merz
Müller (Schwalmstadt)